

Gesine Fuchs

Politik: Verfasste politische Partizipation von Frauen

Zum Begriff der Partizipation

Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen liegt im Kern demokratischer Legitimität: ohne Partizipation keine Demokratie. Die im Weltmaßstab marginale, im europäischen Raum mittelmäßige Beteiligung und Einflussnahme von Frauen an politischen Prozessen stellt daher ein zentrales Problem für die Theorie und Praxis der Demokratie dar. Was gilt als politische Partizipation?

„Partizipation in der Politik bedeutet alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund, evtl. supranationale Einheiten) zu beeinflussen und/oder diese selbst zu treffen.“ (Kaase 1994: 442)

Diese Begriffsbestimmung ist eine Erweiterung des klassischen, ausschließlich auf Institutionen gerichteten Partizipationsverständnisses, denn mit dem Aufkommen neuer politischer Protestbewegungen seit den 1960er Jahren war die Forschung gefordert, diese als neue Formen politischer Beteiligung zu untersuchen. Der Partizipationsbegriff umfasst *konventionelle bzw. verfasste Formen* (wie Wahlbeteiligung und Mitarbeit in einer Partei), *unkonventionelle bzw. unverfasste Formen* (wie Bürgerinitiativen und Demonstrationen) und schließlich häufig als illegale geltende *Protestformen* (wie Besetzungen und wilde Streiks) (vgl. Hoecker 1995: 18). Sowohl Wissenschaft als auch Bevölkerung sehen die konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen zunehmend als parallele und sich gegenseitig ergänzende Aktivitäten an (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2004: 14).

Partizipationsforschung unter Geschlechteraspekten

Auf der Ebene staatlicher Institutionen wirken formelle und informelle Ausschlussmechanismen von politischer Macht, wie Muster der Elitenrekrutierung oder Bevorzugung männlicher Lebensentwürfe. Viele herkömmliche Verfahren, Parteistrukturen und männerbündische Entscheidungswege marginalisieren und diskriminieren Frauen in der Politik. Im Bereich der politischen Kultur sind es die Definitionen dessen, was als politisch oder unpolitisch gilt. Durch die Trennung zwischen privat und öffentlich können Männer als politisch und Frauen als unpolitisch konstruiert werden. Die Verhältnisse in der Privatsphäre sind Gegenstand politischer Regulierung und von Dominanzverhältnissen, etwa in Form wohlfahrtsstaatlicher Arrangements oder durch geschlechtshierarchische Sozialisation. Die Privatsphäre ist kein rechts- und geschlechtsfreier Raum, und Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, Autonomie und Teilhabe gelten auch hier. Kritische Analysen einschlägiger Partizipationsstudien wiesen in den 1970er Jahren nach, wie Untersuchungen, Themen, Bilder und die Definition dessen, was als politisch anzusehen sei, Frauen als politische Akteurinnen unsichtbar machten und als apolitische Wesen erscheinen ließen (vgl. Bourque/

Grossholtz 1984; zuerst 1974). Für die Bundesrepublik Deutschland widerlegte Beate Hoecker (1987) mit einer empirischen Studie die weithin unhinterfragt überlieferten Defizithypothesen von weniger interessierten, abkömmlichen und laufbahnorientierten Frauen in der Politik.

Weitere grundlegende feministische Kritikpunkte sind bisher nicht in den Mainstream der Partizipationsforschung eingeflossen (vgl. für einen Überblick Sauer 1994, Geißel/Penrose 2003: 2-5). So ist die Partizipationsforschung generell an quantitativen, individualisierenden Umfragen orientiert. Das Item „Politisches Interesse“ misst in solchen Erhebungen in der Regel eine vornehmlich männliche Definition von Politik mit einem Schwergewicht auf institutioneller (Parteien-)Politik. Geschlecht wird dabei als Variable, nicht aber als gesellschaftliche Strukturkategorie angesehen. Das führt dazu, Mängel in der politischen Beteiligung in das Individuum hineinzuverlagern. Das Geschlechtersystem prägt aber Modi und Möglichkeiten politischer Partizipation und stellt unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen bereit, die jenseits individueller Merkmale liegen, wie geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oder heimliche Lehrpläne. Insbesondere wird kritisiert, dass nur intentionale Handlungen als politisch gelten. Dabei haben Identitätsbildungsprozesse, expressive Handlungsweisen gerade sozialer Bewegungen und gesellschaftliches Engagement, das sich auf die Zivilgesellschaft richtet, bedeutende politische bzw. politisierende Konsequenzen. Ein enger Begriff verschleiert die politische und soziale Partizipation von Frauen, die andere Partizipationsformen als Männer bevorzugen und in sozialen Bewegungen die Chancen des unmittelbaren Einflusses suchen.

In der Partizipationsforschung sind drei Aufgaben zu bewältigen, um Fragen des Geschlechterverhältnisses nachhaltig in den Mainstream zu integrieren. *Erstens* muss der Ausschluss von Frauen aus den gängigen politischen Theorien analysiert werden. Zentral sind hier die ideologische Trennung von öffentlicher und privater Sphäre und deren wechselseitige Beeinflussung als Kernproblem in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse. *Zweitens* sind Untersuchungen notwendig, in denen Frauen als Bürgerinnen und Akteurinnen in der Politik betrachtet werden. Diese Forschungen machen Frauen überhaupt erst sichtbar, was keineswegs obsolet ist. Daraus resultierend ist es schließlich *drittens* unumgänglich, die Grundannahmen und Analyserahmen politischer Analyse und Partizipationsforschung zu rekonzeptualisieren, um systematische Zusammenhänge zwischen Geschlecht und anderen sozialen Strukturen zu erklären (vgl. Carroll/Zerilli 1993).

Begründungsmuster politischer Partizipation von Frauen

Für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern am politischen Entscheidungsprozess lassen sich in Theorie und politischer Praxis verschiedene Begründungsmuster finden – meist tauchen diese Argumente in Mischformen auf:

- *Gerechtigkeitsargumente* weisen darauf hin, dass Demokratie beinhaltet, dass alle Gruppen in einer Gesellschaft das Recht und damit auch die Gelegenheit haben, an relevanten Entscheidungen teilzunehmen. Gleichheit in politischer Partizipation ist ein wichtiges Kriterium für die Bewertung von Demokratien, und die systematische Unterrepräsentierung von bestimmten Gruppen gilt hierbei als Problem (vgl. Philips 1994).
- Das Argument der *Fraueninteressen* beinhaltet, dass Interessen von Frauen in männerdominierten Gremien unterdrückt, verschleiert und marginalisiert würden. Unabhängig davon, ob es „objektive Fraueninteressen“ gibt oder Fraueninteressen sich in einem konkreten Prozess herausbilden, sei die Anwesenheit von Frauen in politischen Gremien eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für bestimmte Politiken zugunsten von Frauen.
- Der *Maternalismus-Ansatz* zeigt eine historisch gewachsene Differenz-Argumentation, die besonders von Frauenwahlrechtsorganisationen ins Feld geführt wurde. Der Maternalismus wendete den Dualismus und interpretierte weibliche Partizipation positiv als Einbringung weib-

licher Werte und Sichtweisen, etwa Friedfertigkeit und Fürsorglichkeit. Konservative Politikerinnen bedienen sich heute noch gelegentlich dieser Begründung. Abgewandelt wird manchmal ins Feld geführt, dass sich die Präsenz von Frauen zivilisierend auf politische Gremien auswirke.

- *Emanzipative Argumente* beziehen sich einerseits auf die Überwindung patriarchaler Machtstrukturen, andererseits weisen sie darauf hin, dass eine vermehrte Beteiligung von Frauen die Qualität demokratischer Entscheidungen erhöhe, eine bessere Balance zwischen Partizipation und Repräsentation sowie eine bessere Rückbindung an die „Basis“ herstellen könne.

Das „Magische Dreieck“ zur Erklärung politischer Beteiligung von Frauen

Sozioökonomische Strukturen, politische Kultur und Sozialisation sowie Institutionen sind drei miteinander verbundene Bestimmungsfaktoren für politische Beteiligung, die das konkrete Handeln politischer Akteurinnen beeinflussen. Umgekehrt können diese versuchen, Einfluss auf diese Umstände zu nehmen, um ihre Partizipation und Repräsentation zu erhöhen und ihre Ziele durchzusetzen.

In diesen Argumenten schwingen Vorstellungen von Interessen und von Repräsentation mit. Ob es weibliche Interessen gibt und wodurch sie bestimmt sind, ist umstritten. Anna Jonasdottir (1988) plädierte für einen dynamischen und inhaltlich offenen Interessenbegriff. Der formale Aspekt betrifft das „inter esse“, das Dabeisein: Alle Menschen und sozialen Gruppen haben ein objektives Interesse daran, an Entscheidungen, die sie betreffen, teilzunehmen. Im Zuge post-moderner Theorien wurde der Begriff objektiver Interessen als essentialistisch verworfen (vgl. z.B. Pringle/Watson 1992). Dennoch bleibt der Interessenbegriff ein wichtiges heuristisches Instrument, um politische Forderungen, Inhalte und Handlungsorientierungen zu erklären. Rechtfertigungsmuster zur politischen Partizipation gehen implizit davon aus, dass sowohl eine deskriptive als auch eine substantielle Repräsentation wichtig sind; es ist wichtig, wer uns repräsentiert, aber es ist ebenso wichtig, dass diese Personen verantwortlich in unserem Interesse handeln (vgl. Überblick zur Repräsentationsforschung bei Hierath 2001).

Sozio-ökonomische Faktoren

Seit dem von Verba und Nie in den 1970er Jahren und bis heute gültigen sog. Sozioökonomischen Standardmodell (SES-Modell, vgl. Burns/Schlozman/Verba 2001) besteht zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und dem Interesse an Politik sowie tatsächlicher Beteiligung ein Zusammenhang: Je mehr Einkommen, Zeit, Bildung, Selbstvertrauen und Status eine Person hat, desto wahrscheinlicher partizipiert sie. Da Frauen durchschnittlich weniger Bildung haben, weniger erwerbstätig sind und ein geringeres Einkommen haben als Männer, wird so ihre geringere Partizipation erklärt (vgl. Hoecker 1999: 41-71; Bertelsmann-Stiftung 2004). Bettina Westle (2001) untersuchte ausgehend von der feministischen Kritik an der individualisierenden Verengung dieses Modells mit repräsentativen deutschen Umfragedaten (ALLBUS 1998) einige kontroverse Aspekte genauer. Sie stellte fest, dass deklariertes politisches Interesse positiv mit allen politischen Beteiligungsformen korrelierte (Westle 2001: 149f.). Soziodemografische Variablen wie Bildungsstand, Schichtzugehörigkeit, Zivilstand und Erwerbstätigkeit hatten positiven Einfluss auf politisches Interesse und subjektive politische Kompetenz. Bei gleichem soziodemografischem Hintergrund müssten die Partizipationsunterschiede zwischen Frauen und Männern verschwinden. Tatsächlich jedoch bleiben sie bestehen, sie bilden einen „unerklärten Rest“ und zeigen die Grenzen dieser Erklärungsfaktoren auf.

Politische Kultur und Sozialisation

Die politische Kultur eines Landes stellt einen zentralen Einflussfaktor auf die politische Partizipation von Frauen dar. Sie umfasst die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder einer Nation, die im Rahmen des politischen Sozialisationsprozesses geprägt und übermittelt werden. Gesellschaftliche Orientierungen gegenüber der politischen Rolle von Frauen sowie die damit verbundenen Einstellungen zur weiblichen politischen Partizipation sind darin eingebettet. Zur politischen Kultur gehören auch die vorherrschenden Frauen- und Männerbilder in der Politik (vgl. z.B. Weber/Esch/Schaeffer-Hegel 1998).

Der Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in der Politik und den in einem Land vorherrschenden Geschlechterrollen sowie Wertvorstellungen kann als weitgehend bestätigt gelten. So zeigen skandinavische Länder mit egalitärer politischer Kultur auch egalitäre Frauen- und Männerbilder und hohe Frauenanteile in den Parlamenten und Regierungen. In konservativen Ländern hingegen mit hierarchischer politischer Kultur, hoher Bedeutung der emanzipationsfeindlichen katholischen Kirche und relativ niedriger Frauenerwerbstätigkeit bleiben die Frauenanteile in der Politik eher gering (vgl. Morgan/Wilcox 1992, Hoecker 1995: 182-188). Aussagekräftiger Indikator im internationalen Vergleich ist überdies die Einführung des Frauenwahlrechts; je früher Frauen wählen konnten, desto wahrscheinlicher ist ein hoher Frauenanteil in den Parlamenten (vgl. Inglehart/Norris 2003).

Bei Frauen und Männern sind unterschiedliche Politikschwerpunkte zu beobachten. Die Zuordnung zu Politikfeldern erfolgt in einer Wechselwirkung aus individuellen Interessen, externen Erwartungen und stereotypen Zuschreibungen. Problematisch ist dabei, dass „weiblichen“ Politikbereichen wie Soziales und Bildung häufig ein niedriger Status verliehen wird, der sich nicht mit der tatsächlichen Bedeutung des Feldes deckt. Diese Zuschreibungen sind national allerdings sehr verschieden (vgl. Hoecker/Fuchs 2004). Zum Erfahrungsschatz von Parteipolitikerinnen gehören nach wie vor offene und versteckte Diskriminierung, Beleidigung und ihr Ausschluss aus männerbündischen Strukturen in der Politik, d.h. durch Seilschaften, informelle Netze und Beziehungen von Führung und Gefolgschaft (vgl. Kreisky 1995).

Die Frage nach einem anderen, weiblichen Politikverständnis ist in der deutschsprachigen Forschung in den 1990er Jahren vielfach bearbeitet worden. Birgit Meyer (1992: 9f.) erstellte dazu eine „kontrastive Arbeitsdefinition“, etwa egalitäre versus hierarchische Orientierung, ein kommunikatives statt strategisches Machtverständnis oder Kompetenz- statt Karriereorientierung. Qualitative Studien fanden zwar einzelne Belege dafür (vgl. Rebenstorf 1990, Sauer 1994: 112-117), insgesamt waren diese Untersuchungen aber eher hypothesengenerierend als thesenbestätigend (vgl. Geißel/Penrose 2003: 6).

Last but not least ist die Rolle der Medien für die politische Sozialisation und Kultur zentral. Bisher haben die Medien eher traditionale und marginale Bilder von Frauen allgemein und von Politikerinnen im Besonderen gezeichnet und dabei die Wirklichkeit weniger gespiegelt als mitkonstruiert (vgl. Klaus 2002, Holtz-Bacha 2003). Insbesondere wird über Politikerinnen seltener berichtet und sie werden seltener als Expertinnen eingeladen und zitiert – und zwar noch seltener, als es ihrem Anteil am politischen Personal entspricht. Neuere Studien haben immerhin festgestellt, dass sich die stereotype Darstellung von Politikerinnen, z.B. die Fixierung auf ihr Äußeres, zumindest abgeschwächt hat und das Privatleben nicht mehr häufiger im Fokus steht als bei Politikern (vgl. Pfannes 2004, Hardmeier/Klöti 2004, vgl. auch die Beiträge in *femina politica* 2/2006).

Institutionelle Faktoren

Schließlich spielen institutionelle Faktoren eine wichtige Rolle für weibliche Partizipation. Dies betrifft das Parteiensystem und dabei insbesondere die politischen Rekrutierungs- und Laufbahnmuster, das Wahlsystem und das System der Interessenvermittlung.

Wie zahlreiche Studien inzwischen belegen, begünstigen Verhältniswahlssysteme die Kandidaturen und Wahlchancen von Frauen, während Mehrheitswahlssysteme diese eher erschweren. Der Grund dafür wird allgemein in der starken Personenorientierung beim Mehrheitswahlrecht gesehen. Im Unterschied zur Listenwahl muss sich die Wählerschaft bei der Mehrheitswahl für einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin im Wahlkreis direkt entscheiden. Nach wie vor bestehen aber Zweifel an der politischen Kompetenz von Frauen. Auch der harte innerparteiliche Konkurrenzkampf um sichere Wahlkreise mindert die Chancen von Frauen, überhaupt aufgestellt zu werden.

Ohne politischen Willen ist auch ein Verhältniswahlsystem kein Garant für eine hohe Präsenz von Frauen im Parlament. Zwar bieten Verhältniswahlssysteme den Vorzug einer Quotierung der Parteilisten zugunsten von Frauen, allerdings müssen diese Quoten einen relevanten Anteil fixieren, verbindlich sein und sich zudem explizit auf die aussichtsreichen Listenplätze beziehen (vgl. dazu McKay 2004, allgemein Rule 1994, Norris 2000).

Ein genuin osteuropäisches Beispiel für das Einwirken zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf Parlamente sind die sog. „Frauenwahlkoalitionen“, die etwa seit 2000 entstanden sind, so in Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Litauen und Estland, und zuerst in Kroatien erprobt wurden. Sie rufen zur Nomination und zur Wahl von Frauen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auf. Sie fordern von Parteien eine klare Frauenmobilisierung und Quotenregelung. Sie lancieren Wahlgesetzänderungen, die z.B. vom französischen Parité-Gesetz inspiriert sind. Sie schulen (angehende) Politikerinnen, betreiben politische Willensbildung und Öffentlichkeitsarbeit, etwa mit Veranstaltungen, Medienarbeit und „Wahlprüfsteinen“ für die Kandidierenden.

Der relative Misserfolg des französischen Paritätsgesetzes (vgl. Freedman 2004), das für die Wahllisten aller Parteien gilt, zeigt allerdings die begrenzte Möglichkeit, auf gesetzlichem Weg eine patriarchale politische Kultur und weiterhin ungünstige institutionelle Bedingungen des Wahl- und Parteiensystems auszuhebeln. Wechselwirkungen zwischen Gleichstellungspolitik und weiblicher politischer Partizipation können aber sehr stark sein, gerade wenn sie mit dem Prozess der Europäisierung assoziiert werden.

Linke und grüne Parteien betreiben, eher als konservative Parteien, eine aktive Frauenförderpolitik. Quotenregelungen in linken Parteien haben eine Sogwirkung auch auf das mittlere und rechte Parteienspektrum gehabt. In Deutschland begann der Aufwärtstrend für weibliche Abgeordnete 1983, als die Grünen als erste Partei eine Quotenregelung einführten und sich in 20 Jahren der Frauenanteil im Bundestag verdreifachte (vgl. Brzinski 2003, McKay 2004). Insgesamt sind Mehrparteiensysteme mit pluralistischen Karrierekanälen und Parteien mit einem transparenten, lokal verankerten Rekrutierungsverfahren besser für eine gute Frauenrepräsentation geeignet (vgl. Norris 1993). Volatile Parteiensysteme, wie sie gerade für Transformationsgesellschaften kennzeichnend sind, oder Parteien als lockere Föderationen bzw. „Wahlvereine“ sind hingegen Hürden für bessere Frauenpartizipation. Klientelistische Strukturen in traditionalistischen Ländern können Frauen aus einflussreichen Oberschichtfamilien den Weg auch in höchste Staatsämter ebnen – aber eben nur ihnen. Beispiele sind Tansu Çiller in der Türkei oder Benazir Bhutto in Pakistan.

In Westeuropa gründeten sich seit den 1970er Jahren, meist auf regionaler Ebene, feministische Frauenlisten oder -parteien. In der Bundesrepublik Deutschland hatten sie vorübergehend Mandatserfolge und machten „Fraueninteressen“ zum Thema politischer Auseinandersetzung. Diese Gruppierungen gingen später häufig in linken Parteien oder Bündnissen auf. In Island war die Frauenpartei über längere Zeit hinweg erfolgreich (vgl. Jaquette 1998: 62). Auch in einigen osteuropäischen Staaten haben sich Frauenparteien gegründet. Das betrifft vor allem Nachfolge-

staaten der Sowjetunion; „Frauen Russlands“ war wohl die bekannteste und erfolgreichste Partei mit einer traditionellen, nicht-feministischen Programmatik. Strukturelle Faktoren wie ein präsidentielles System und ein personalisiertes Wahlsystem haben begünstigt, dass Frauen den Einflusskanal einer eigenen Partei zu etablieren suchten (vgl. Ishiyama 2003). Vorläufig lässt sich zusammenfassen, dass Frausein bzw. Fraueninteressen für eine Partei kein ausreichendes politisches Programm darstellen. Je eher Parteien sich für Frauen öffnen und je eher sie Möglichkeiten für ein parteipolitisches Engagement bieten, desto weniger notwendig scheint eine Frauenpartei zu sein.

Resümee und Ausblick

Die Inklusion von Frauen in politische Entscheidungsprozesse ist in den letzten Jahrzehnten vorangekommen. Dies ist die Voraussetzung, dass Interessen von Frauen, so unterschiedlich sie im Einzelnen sein mögen, bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Es ist das Verdienst der sozialen Bewegungen, darunter auch der Frauenbewegung, dass sich unkonventionelle Partizipationsformen stark verbreitet haben und vielen Gruppen als zusätzlicher Partizipationskanal dienen. Insgesamt kann aber von einer ausgewogenen Beteiligung und Repräsentation der Geschlechter nicht die Rede sein. Die Gründe dafür liegen auf allen Seiten des „Magischen Dreiecks“, also bei den sozioökonomischen, institutionellen und politisch-kulturellen Faktoren. Diese beeinflussen sich gegenseitig und wirken je nach Land und Kontext auch in einem spezifischen Mix (vgl. Hoecker 1998, Hoecker/Fuchs 2004, Gelb/Palley 2008). Maßnahmen, Ansätze und Verfahren zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik können und müssen darum an allen Seiten ansetzen.

In der Partizipationsforschung bleiben noch Lücken, von denen hier nur drei genannt seien: *Erstens* sind die Zusammenhänge von Gleichstellungspolitik und politischer Beteiligung, auch auf EU-Ebene, noch systematischer zu untersuchen, und es ist zu fragen, unter welchen Umständen sich auch in neuen Formen der Governance Handlungsmöglichkeiten öffnen – oder aber schließen (vgl. für die EU: Fuhrmann 2005). *Zweitens* sind die Zusammenhänge und Verknüpfungen zwischen verschiedenen Formen der weiblichen Partizipation in Parteien und Parlamenten und denen in Organisationen und Bewegungen kaum untersucht – etwa bezogen auf die politische Sozialisation und die politische Tätigkeit einzelner Personen, aber auch auf programmatische Diffusionen und thematische Koalitionen. *Drittens* ist erst in Ansätzen erforscht, wann, wo und unter welchen Bedingungen weibliche Abgeordnete ihre Erfahrungen als Frauen zum Ausgangspunkt machen, für (Gruppen von) Frauen zu handeln (vgl. Studlar/McAllister 2002: 235-238, Childs 2006: 9-11).

Verweise: → **Demokratiekritik** → **Frauenbewegungen** → **Gleichstellungspolitiken** → **Transformation** → **Wohlfahrtsstaat**

Literatur

- Bertelsmann-Stiftung 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Bourque, Susan/Jean Grossholtz 1984: Politics as Unnatural Practice: Political Science Looks at Female Participation. In: Silanen, Jean/Michelle Stanworth (Hrsg.): Women and the Public Sphere. A Critique of Sociology and Politics. London: Hutchinsonson, S. 103-121
- Brzinski, Joanne Bay 2003: Women's Representation in Germany: A Comparison of East and West. In: Matland, Richard E./Kathleen A. Montgomery (Hrsg.): Women's Access to Political Power in Post-communist Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 63-80

- Burns, Nancy/Kay Lehman Schlozman/Sidney Verba 2001: *The Private Roots of Public Action: Gender, Equality, and Political Participation*. Cambridge: Harvard University Press
- Carroll, Susan J./Linda M.G. Zerilli 1993: *Feminist Challenges to Political Science*. In: *Political Science: The State of the Discipline II*. Washington: The American Political Science Association, S. 55-76
- Childs, Sarah 2006: *The Complicated Relationship between Sex, Gender and the Substantive Representation of Women*. In: *European Journal of Women's Studies* 13, No. 1, S. 7-21
- Femina Politica 2006: *Geschlecht in der politischen Kommunikation*, Heft 2
- Freedman, Jane 2004: *Increasing Women's Political Representation: The Limits of Constitutional Reform*. In: *West European Politics* 27, No. 1, S. 104-123
- Fuchs, Gesine/Beate Hoecker 2004: *Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten vor den Europawahlen*. Eurokolleg Nr. 49. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Fuhrmann, Nora 2005: *Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag
- Geißel, Brigitte/Virginia Penrose 2003: *Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung. Politische Partizipation von Frauen und Männern*. Berlin. Verfügbar unter www.fu-berlin.de/gpo/index.htm am 25. Oktober 2004
- Gelb, Joyce/Marian Lief Palley (Hrsg.) 2008: *Women and Politics around the world*, Santa Barbara: ABC-CLIO
- Hardmeier, Sibylle/Anita Klöti 2004: *Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung und Darstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003*. In: *F - Frauenfragen* No. 2, S. 11-22
- Hierath, Bettina 2001: *Repräsentation und Gleichheit. Neue Aspekte in der politikwissenschaftlichen Repräsentationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich
- Hoecker, Beate 1987: *Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie*. Opladen: Leske + Budrich
- Hoecker, Beate 1995: *Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch*. Opladen: Leske + Budrich
- Hoecker, Beate (Hrsg.) 1998: *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen: Leske + Budrich
- Hoecker, Beate 1999: *Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik*. Bonn: Dietz
- Hoecker, Beate/Gesine Fuchs (Hrsg.) 2004: *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten*. Wiesbaden: VS Verlag
- Holtz-Bacha, Christina 2003: *Die Darstellung von Politikerinnen in den Medien*. In: *F - Frauenfragen* No. 1, S. 47-49
- Inglehart, Ronald/Pippa Norris 2003: *The True Clash of Civilizations*. In: *Foreign Policy* No. March-April, S. 67-74
- Ishiyama, John T. 2003: *Women's Parties in Post-Communist Politics*. In: *East European Politics and Societies* 17, No. 2, S. 266-304
- Jaquette, Jane S. 1998: *Frauen an der Macht. Vom Alibi zur kritischen Masse*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* No. 1, S. 57-65
- Jonasdottir, Anna G. 1988: *On the Concept of Interest, Women's Interests, and the Limitations of Interest Theory*. In: Jones, Kathleen B./Anna G. Jonasdottir (Hrsg.): *The Political Interests of Gender*. London: Sage, S. 33-65
- Kaase, Max 1994: *Partizipation*. In: Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Politik-Lexikon*, München: Oldenbourg, S. 442-445
- Klaus, Elisabeth 2002: *Perspektiven und Ergebnisse der Geschlechterforschung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft*. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 25. Jg., No. 61, S. 11-31
- Kreisky, Eva 1995: *Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung*. In: Becker-Schmidt, Regina/Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 85-114
- McKay, Joanna 2004: *Women in German Politics: Still Jobs for the Boys?* In: *German Politics* 13, No. 1, S. 56-80
- Meyer, Birgit 1992: *Die „unpolitische“ Frau – Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 25-26, S. 3-16
- Morgan, April/Clyde Wilcox 1992: *Anti-Feminism in Western Europe, 1975-1987*. In: *West European Politics* 15, No. 4, S. 151-169
- Norris, Pippa 1993: *Comparing Legislative Recruitment*. In: Norris, Pippa/Joni Lovenduski (Hrsg.): *Gender and Party Politics*. London; New Delhi: Thousand Oaks; Sage, S. 309-330 [Deutsche Übersetzung:

- Schlussfolgerung: Ein Vergleich parlamentarischer Rekrutierung. In: Braun, Kathrin et al. (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. München: Oldenbourg 2000, S. 269-292]
- Norris, Pippa 2000: *Women's Representation and Electoral Systems*. In: Rose, Richard (Hrsg.): *International Encyclopedia of Elections*. London, Washington DC: Macmillan: CQ Press, S. 348-351
- Pfannes, Petra 2004: *Powerfrau, Quotenfrau, Ausnahmefrau? Die Darstellung von Politikerinnen in der deutschen Tagespresse*. Marburg: Tectum Verlag
- Phillips, Anne 1994: *Democracy and Representation, or: Why Should it Matter, Who our Representatives are?* In: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 34, S. 63-76
- Pringle, Rosemary/Sophie Watson 1992: 'Women's Interest' and the Poststructuralist State. In: Barrett, Michele/Anne Phillips (Hrsg.): *Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates*. Cambridge: Polity Press, S. 53-73
- Rebenstorf, Hilke 1990: *Frauen im Bundestag - anders als die Männer*. In: *Der Bürger im Staat* No. 1, S. 17-24
- Rule, Wilma 1994: *Parliaments of, by and for the People: Except for Women?* In: Rule, Wilma/Joseph F. Zimmerman (Hrsg.): *Electoral Systems in Comparative Perspective. Their Impact on Women and Minorities*. Westport: Greenwood Press, S. 15-30
- Sauer, Birgit 1994: *Was heißt und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung*. In: Biester, Elke/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer (Hrsg.): *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion*. Frankfurt/M.: Campus, S. 99-130
- Studlar, Donley T./Ian Mc Allister 2002: *Does a Critical Mass Exist? A Comparative Analysis of Women's Legislative Representation since 1950*. In: *European Journal of Political Research* 41, S. 233-253
- Weber, Ulla/Marion Esch/Barbara Schaeffer-Hegel 1998: *Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* No. 22-23, S. 3-11
- Westle, Bettina 2001: *Politische Partizipation und Geschlecht*. In: Koch, Achim/Martina Wasmer/Peter Schmidt (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 131-168